Bericht und Antrag des Regierungsrates
vom 28. September 1999 an den Landrat zum
Beitritt des Kantons Uri zum Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat

1. Fachhochschulen: Gesamtschweizerische Entwicklung

Die Errichtung von Fachhochschulen in unserem Land steht in engem Zusammenhang mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Der Bund sieht darin vor allem eine Revitalisierungsmassnahme zugunsten der schweizerischen Wirtschaft. Der Reformprozess betrifft darüber hinaus auch unsere Gesellschaft und Kultur, weil davon nicht nur die beruflichen Ausbildungen im ausser-universitären Tertiärbereich betroffen sind, für die laut Verfassung der Bund zuständig ist, sondern auch jene, die in den Kompetenzbereich der Kantone fallen.

Die Fachhochschuldiskussion wurde nicht zuletzt ausgelöst durch einen zunehmenden Imageverlust der Berufslehre gegenüber den allgemeinbildenden Schulen und durch die Feststellung, dass die Ingenieurschulen im schweizerischen Bildungssystem unter ihrem Wert eingestuft seien und demzufolge die niveaugerechte internationale Anerkennung ihrer Diplome in Frage gestellt sei. Um dieses Problem zu beheben, wurde gegen Ende der 80er Jahre eine Aufwertung der HTL-Diplome, verbunden mit einer Reform sowohl der beruflichen Vorbildung (Berufsmatura) und der Ingenieurbildung selbst postuliert.

Auch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) beschäftigte sich zur gleichen Zeit mit Fragen der Aufgaben und des Status der Höheren Fachschulen. Im Februar 1991 beschloss sie, in Zusammenarbeit mit dem Bund den Ausbau dieser Schulen zu planen, ihren Status zu heben und die entsprechende Vorbildung zu verbessern. Die dadurch ausgelösten Abklärungen und Vorarbeiten führten Ende Januar 1993 zur Veröffentlichung der Thesen zur Entwicklung von Fachhochschulen und Berufsmaturitäten. Neben den Schulen im Zuständigkeitsbereich des Bundes sollten nach Auffassung der EDK auch die Höheren Fachschulen im Kompetenzbereich der Kantone in diesen Reformprozess einbezogen werden.

Innert kurzer Zeit wurden mit dem Bundesgesetz über die Fachhochschulen vom 6. Oktober 1995 die rechtlichen Voraussetzungen zur Schaffung von Fachhochschulen ge-

schaffen. Damit fördert der Bund den Aufbau und die Entwicklung von Fachhochschulen in seinem Zuständigkeitsbereich. Gemeinsam mit den Kantonen strebt er darüber hinaus die gesamtschweizerische und regionale Aufgabenteilung und Zusammenarbeit im gesamten Hochschulbereich an und berücksichtigt dabei die internationale Zusammenarbeit. Er kann zudem Einrichtungen fördern, die Fachhochschul-Studiengänge in weiteren, d. h. insbesondere kantonale geregelten Bereichen anbieten.

Die Fachhochschulen sind gehalten, ihren bisherigen Hauptauftrag der praxisorientierten Ausbildung durch ein Angebot an Weiterbildungsveranstaltungen zu ergänzen, und zwar insbesondere in Form von Nachdiplomstudien und -kursen. Zudem sollen sie sich in anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung engagieren sowie Dienstleistungen zugunsten von Wirtschaft, Verwaltung, Gesellschaft und Kultur erbringen. Dieser erweiterte Leistungsauftrag soll insbesondere auch den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zugute kommen, die die Wirtschaft unseres Landes prägen. Diese betreiben bisher in der Regel wenig Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Die regional verankerten Fachhochschulen sollen ihnen dabei in Zukunft vermehrt behilflich sein und mit praktischen Dienstleistungen beratend zur Seite stehen.

Durch die Aufwertung der Ausbildung sowie die gleichzeitige Erweiterung des Leistungsauftrags treten die Fachhochschulen als gleichwertige, aber andersgeartete Schulen im Tertiärbereich neben die bereits bestehenden Universitäten und die Eidg. Technischen Hochschulen. Der duale Ausbildungsweg über die Berufslehre kann infolge dieser Reform und der Einführung der Berufsmatura auf Hochschulstufe weiterverfolgt werden. Sie macht einerseits die Berufslehre für Jugendliche wieder attraktiver und soll andererseits dazu beitragen, den Andrang auf die Gymnasien abzuschwächen.

Die Fachhochschul-Zuständigkeiten im Sinne von Artikel 34^{ter} der Bundesverfassung und Artikel 5 der Fachhochschulverordnung sind wie folgt geregelt:

Bereiche in Bundeskompetenz

- Technik (Ingenieurwesen/Architektur)
- Wirtschaft und Verwaltung
- Gestaltung
- Land-/Forstwirtschaft, Raumplanung
- Chemie, Ernährung (Hauswirtschaft)
- Information und Dokumentation
- Sport

Bereiche in kantonaler Kompetenz

- Pädagogik (Ausbildung v. Lehrpersonen)
- Gesundheit
- soziale Arbeit
- Musik, Theater, Tanz
- bildende und freie Kunst
- angewandte Linguistik (Dolmetscher)
- angewandte Psychologie

2. Fachhochschule Zentralschweiz

2.1 Absichtserklärung der IEDK

Die Innerschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (IEDK) setzte sich schon frühzeitig mit der Frage der Fachhochschulreform und ihren Konsequenzen für den Bildungsraum Zentralschweiz auseinander. Sie veröffentlichte am 21. Oktober 1994 eine Absichtserklärung, worin sie die Schaffung einer Fachhochschule Zentralschweiz als regionale Herausforderung ersten Ranges darstellte, die mit hoher Priorität anzugehen sei. Die Planung ging von folgenden Vorstellungen aus:

- Die Schaffung einer Fachhochschule Zentralschweiz ist als regionales Unternehmen zu definieren, das von der ganzen Region konzipiert, geplant, realisiert und getragen werden soll;
- Trägerschaft und Struktur der Fachhochschule sind so anzulegen, dass sie gemischtwirtschaftlich funktionieren können. Öffentliche und private Schulen sollen zusammen die Fachhochschule Zentralschweiz bilden;
- Trägerschaft und Struktur der Fachhochschule sollen offen und entwicklungsfähig sein und bleiben;
- Den einzelnen Teilschulen der FHZ sollen Profil und Identität erhalten bleiben, was jedoch eine interdisziplinäre Praxis unter ihnen nicht ausschliessen soll;
- Für die FHZ ist ein einfaches Organisationsmodell zu schaffen, das eine grösstmögliche Flexibilität der Führung erlaubt. Die normative, die strategische und die operative Führungsebene sowie das Controlling sind klar voneinander zu trennen und sauber aufeinander zu beziehen, was für eine Orientierung an den Grundsätzen des 'New Public Management' spricht.

Das in der Zwischenzeit realisierte Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat entspricht in jeder Beziehung den Struktur- und Trägerschaftsmerkmalen, wie sie die IEDK in ihrer Absichtserklärung aus dem Jahre 1994 formuliert hatte.

2.2 Grundsätze der Zusammenarbeit in der IRK

Ausgelöst durch die Diskussion über die Anforderungen und Konsequenzen der Errichtung einer regional getragenen Fachhochschule in der Zentralschweiz verabschiedete die Innerschweizer Regierungskonferenz (IRK) kurz nach der Veröffentlichung der erwähnten Absichtserklärung der IEDK Grundsätze der Zusammenarbeit in der IRK. Mit diesen Grundsätzen verband die IRK die Absicht, durch eine engere Zusammenarbeit Synergien zu nutzen und Mittel effizient einzusetzen, damit der Bevölkerung und Wirtschaft in der

Region gut erreichbare und zeitgemässe Einrichtungen und Leistungsangebote bereitgestellt werden können, die zu einer guten Lebensqualität beitragen. Koordination und gemeinsame Vorhaben sollten fortan dazu beitragen, dass Aufgaben zeitgerecht und besser gelöst werden können. Der Fachhochschulbereich wird ausdrücklich als erster Kernbereich der regionalen Zusammenarbeit bezeichnet. Durch diesen Beschluss vom 17. November 1994 wurde das Projekt Fachhochschule Zentralschweiz zum Pilotprojekt und Vorzeigebispiel für den politischen Willen der Regierungen der Zentralschweizer Kantone, unter sich einer verstärkte und verbindliche Zusammenarbeit zu praktizieren.

2.3 Kurzportrait der Fachhochschule Zentralschweiz

Mit der Fachhochschule Zentralschweiz soll ein bedarfsgerechtes Fachhochschulangebot in den Bereichen Technik und Architektur, Wirtschaft, Soziale Arbeit, Gestaltung und Kunst sowie Musik sichergestellt werden. Mit einem vielfältigen und innovativen Angebot im Ausbildungs-, Forschungs- und Dienstleistungsbereich erbringt die FHZ einen substanziellen Beitrag zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entfaltung und Stärkung vorab der Region Zentralschweiz. Sie orientiert sich bei ihren Dienstleistungen sowohl am Leistungsprinzip und unternehmerischen Denken als auch am Erfordernis des lebenslangen Lernens. Sie versteht sich als zentralschweizerische Bildungsinstitution, die unter den Hochschulen der Schweiz einen führenden Platz einnimmt und durch die Qualität ihrer Dienstleistungen hervorsteicht. Hiefür sind folgende Teilschulen geplant:

Hochschule Technik+Architektur (HTA)

Sie ist entstanden aus dem Zentralschweizerischen Technikum Luzern (ZTL) und dem Abendtechnikum der Innerschweiz (ATIS), Träger: Kanton Luzern; Technikums-Konkordat über den Besuch des ZTL und die Leistung von Beiträgen der Zentralschweizer Kantone sowie Wallis.

Sie zählt derzeit an die 900 Studierende und hat vom Bundesrat die Genehmigung erhalten, vollzeitlich und berufsbegleitend die Studiengänge Architektur, Bauingenieurwesen/Metallbauingenieur, Elektrotechnik, Informatik, Maschinenteknik und Heizung-Lüftung-Klima anzubieten. Sie verfügt über ein breit gefächertes Weiterbildungsangebot. Die Ausbildung in Heizung-Lüftung-Klima sowie zum Metallbauingenieur wird in der Schweiz nur an dieser Hochschule angeboten. Den Abteilungen sind verschiedene Fach- und Prüfstellen angegliedert. Diese bearbeiten in enger Beziehung zur Lehrtätigkeit Projekte im Bereich der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung. Die Hoch-

schule ist zurzeit daran, im Bereich Gebäudetechnik ein nationales Kompetenzzentrum aufzubauen. Sie arbeitet schon seit Jahren erfolgreich mit andern Fachhochschulen, der ETH, der Universität Zürich und verschiedenen ausländischen Universitäten zusammen.

Hochschule für Wirtschaft (HSW)

Sie ist entstanden aus der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule Luzern; Träger: Kanton Luzern; Verwaltungsvereinbarung über den Besuch der HWV und die Leistung von Beiträgen der Zentralschweizer Kantone.

Diese Hochschule zählt rund 450 Studierende auf der Tertiärstufe. Sie führt unter ihrem Dach die Betriebsökonomien-Ausbildung und Wirtschaftsinformatik; diese Ausbildung wird erstmals und in der Deutschschweiz vorläufig allein an der HSW angeboten. Zudem führt sie eine Höhere Fachschule für Tourismus mit 120 Studierenden und offeriert schon seit Jahren zahlreiche Nachdiplomstudien und -kurse, die von folgenden Instituten organisiert werden: Institut für Betriebs- und Regionalökonomie (IBR), Institut für Finanzdienstleistung Zug (IFZ), Institut für Wirtschaftsinformatik (IWI) und Institut für Wirtschaftsinformatik (ITW). Diese Institute dienen auch als Transfervermittlungsstellen und betreiben angewandte Forschung und Entwicklung. Die HSW verfügt zudem schon über reichliche Erfahrung im internationalen Austausch von Studierenden. Seit Januar dieses Jahres bietet die HSW neu ein Fachhochschul-Zusatzstudium in Betriebsökonomie für erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen der Schweizerischen Hotelfachschule Luzern (SHL) und der Höheren Fachschule für Tourismus an. Zusammen mit dem ITW wollen diese beiden Schulen in den nächsten Jahren ein Kompetenzzentrum für den Bereich Tourismuswirtschaft/Hospitality Management aufbauen.

Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK)

Sie ist entstanden aus der Schule für Gestaltung Luzern; Träger: Kanton Luzern; Regionales Schulabkommen über den Besuch und die Leistung von Beiträgen der Zentralschweizer Kantone.

Ihr Fachhochschul-Angebot umfasst im Moment die beiden Studiengänge Visuelle Kommunikation mit den Schwerpunkten Graphic Design, Illustration, Video, Animation sowie Produkt- und Industriedesign mit dem Schwerpunkt Textildesign. Geplant sind zudem die Fachhochschul-Studiengänge Ästhetische Erziehung (ehemals Zeichen- und Werklehrer) und Bildende Kunst. Die HGK zählt 140 Studierende auf der Tertiärstufe sowie weitere 130 auf der vorgelagerten Sekundärstufe. Geplant sind in den nächsten

Jahren ein Institut für Didaktisches Design, für Kunst und Öffentlichkeit sowie für Indigenes Design. Die HGK ist am Ausbau ihrer internationalen Kontakte interessiert, die im Bereich der Gestaltung und Kunst von besonderer Wichtigkeit sind. - Die bundesrätliche Genehmigung der Hochschule für Gestaltung und Kunst als Teilschule der FHZ beschleunigt eine ganze Reihe von Ausbau- und Restrukturierungsmaßnahmen, um den Anforderungen des Fachhochschulgesetzes entsprechen zu können.

Hochschule für Soziale Arbeit (HSA)

Sie ist entstanden aus der Höheren Fachschule im Sozialbereich Zentralschweiz; Trägerin: Stiftung "Hochschule für Soziale Arbeit Luzern"; Regionales Schulabkommen über den Besuch und die Leistung von Beiträgen der Zentralschweizer Kantone.

Ab Beginn des Studienjahres 1999/2000 startet die Hochschule für Soziale Arbeit mit ihrem Studienangebot in Sozialer Arbeit (Voll- und Teilzeit) und in Soziokultureller Animation (berufsbegleitend und ab 2000 zudem Vollzeit) auf Fachhochschulstufe. Zur Zeit sind rund 260 Studierende in der Diplomausbildung; die Tendenz ist steigend. Diese Hochschule hat ein beachtliches Auftragsvolumen im Bereich der angewandten Forschung und Entwicklung sowie der Weiterbildung. Sie verfügt auch über Kooperationserfahrung mit andern ausländischen Fachhochschulen und Universitäten und plant, diese in Zukunft weiter auszubauen.

Musikhochschule Luzern (MHS)

Sie ist entstanden aus dem Konservatorium Luzern, der Akademie für Schul- und Kirchenmusik Luzern und der Jazz-Schule Luzern; Trägerin: Stiftung "Musikhochschule Luzern"; Regionales Schulabkommen über den Besuch und die Leistung von Beiträgen der Zentralschweizer Kantone.

Sie wird ab dem Studienjahr 1999/2000 ihren Hochschulbetrieb aufnehmen und Studiengänge in den Bereichen Musikpädagogik, Interpretation/Performance, Schul- und Kirchenmusik, Dirigieren sowie für weitere Spezialdiplome anbieten. Um ihren erweiterten Leistungsauftrag wahrnehmen zu können, will sie im Rahmen eines speziell hierfür vorgesehenen Instituts für Musikpädagogik aktiv werden und bereits bestehende Kontakte zu ausländischen Musikhochschulen weiter ausbauen. Die Musikhochschule rechnet mit 560 Studierenden.

Die Fachhochschule Zentralschweiz rechnet im Vollbetrieb mit 2350 bis 2500 Studieren-

den.

3. Verfügung des Bundesrates vom 2. März 1998

In der Schweiz sind sieben regionale Fachhochschulen vorgesehen, darunter auch die Fachhochschule Zentralschweiz. Die Errichtung und Führung einer Fachhochschule bedarf der Genehmigung durch den Bundesrat. Die IEDK hat dem Bundesrat am 25. November 1996 ein Gesuch um Genehmigung zur Errichtung und Führung der Fachhochschule Zentralschweiz eingereicht. Dieses wurde in der Folge von der Eidg. Fachhochschulkommission (EFHK) beurteilt. Im Verlaufe dieses Verfahrens waren Ergänzungen zum Gesuch vorzunehmen, die dem EVD am 14. August 1997 unterbreitet wurden.

Die Beurteilung der Gesuche und die Entscheidvorbereitung erwiesen sich als derart zeitaufwendig, dass die entsprechenden bundesrätlichen Verfügungen erst am 2. März 1998 erlassen wurden. In der die FHZ betreffenden Verfügung werden die Errichtung und Führung der Fachhochschule Zentralschweiz u. a. mit folgenden Auflagen genehmigt:

- Bis spätestens Ende 2001 ist ein einheitliches Dachorgan für die Fachhochschule Zentralschweiz zu schaffen. Die provisorische Trägerschaft (Verwaltungsvereinbarung) ist bis spätestens Ende 2001 in die definitive Form zu überführen.
- Die drei Hochschulen Technik+Architektur, Wirtschaft sowie Gestaltung sind bis spätestens Ende 2000 zur Fachhochschule Zentralschweiz mit einheitlicher operativer Leitung zu fusionieren.

Diese somit provisorische Gesuchsgenehmigung stützt sich hauptsächlich auf formale Kriterien. Eine qualitative Begutachtung der Fachhochschulen und ihrer Angebote wurde von der EFHK in die Aufbauphase der Schulen verlegt, die laut Bundesrat bis Ende 2003 dauern.

4. Bisherige Aufbauphase der FHZ

4.1 Verwaltungsvereinbarungen bis zum Inkrafttreten des Konkordats

Nach der Gesuchseingabe an den Bundesrat wurde bald klar, dass die FHZ bis zum Start des Fachhochschulbetriebs der beiden Teilschulen Technik und Architektur sowie Wirtschaft noch nicht über eine rechtlich und finanziell abgesicherte Organisation und Struktur verfügen wird. Deshalb schlossen die Regierungen der Zentralschweizer Kantone eine Vereinbarung über den Start der Fachhochschule Zentralschweiz im Herbst 1997 sowie

die finanzielle und organisatorische Sicherstellung ihrer Errichtungsphase ab, die am 5. August 1997 in Kraft trat und bis zum 31. Dezember 1999 befristet ist.

In dieser Verwaltungsvereinbarung bekräftigen die Vereinbarungspartner ihren Willen, in enger Zusammenarbeit auf die Verwirklichung der Fachhochschule Zentralschweiz hin zu wirken und zu diesem Zweck ein Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat vorzubereiten, an dem sie sich beteiligen wollen. In nur fünf Artikeln regelt diese Vereinbarung die nötigsten finanziellen und organisatorischen Belange, die trotz fehlendem FHZ-Konkordat den rechtzeitigen und geordneten Start der FHZ ermöglichen. Nach Abzug der Bundesbeiträge sowie aller weiteren Einnahmen wird in dieser Vereinbarung dem Zentralschweizerischen Technikum (ZTL) ein jährliches reales Ausgabenwachstum von einem Prozent, dem Abendtechnikum der Innerschweiz (ATIS) ein solches von zwei Prozent und der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule (HWV Luzern) ein Wachstum von sechs Prozent zugestanden.

Weil das FHZ-Konkordat erst auf den 1. Januar 2001 in Kraft treten wird, muss diese Verwaltungsvereinbarung ergänzt und aktualisiert werden. Zusammen mit dem FHZ-Konkordat wurde deshalb von der IEDK am 2. Juli 1999 den Kantonsregierungen eine Vereinbarung über die Aufbauphase der Fachhochschule Zentralschweiz ab dem Jahre 2000 zum Beitritt zugeleitet. Diese Verwaltungsvereinbarung soll auf den 1. Januar 2000 in Kraft treten und bis zur Ablösung durch das FHZ-Konkordat die weitere Entwicklung der FHZ organisatorisch und finanziell absichern helfen.

4.2 Gestaffelter Start des Fachhochschulbetriebs

Mit der bundesrätlichen Verfügung vom 2. März 1998 erhielt die FHZ die rückwirkende Genehmigung, den Fachhochschulbetrieb ab dem Wintersemester 1997/98 aufzunehmen und folgende Studiengänge anzubieten:

- Vollzeit und berufsbegleitend an der Hochschule Technik+Architektur:
Architektur, Bauingenieurwesen, Elektrotechnik, Heizung-Lüftung-Klima, Informatik und Maschinenbau
- Vollzeit an der Hochschule für Wirtschaft:
Betriebsökonomie sowie Wirtschaftsinformatik

Diese beiden Hochschulen nahmen mit Beginn des Studienjahres 1997/98 ihren Fachhochschulbetrieb auf.

Durch eine bundesrätliche Verfügung vom 28. September 1998 erhielt die FHZ zusätzlich die rückwirkende Genehmigung, ab demselben Wintersemester auch die Studiengänge Visuelle Kommunikation sowie Produkt- und Industriedesign an der Hochschule für Gestaltung und Kunst anzubieten. Infolge des späten Erlasses dieser Verfügung hat diese Hochschule ihren Fachhochschulbetrieb jedoch erst mit Beginn des Studienjahres 1998/1999 aufgenommen.

Was die Hochschulen im Zuständigkeitsbereich der Kantone betrifft, beschloss die IEDK, der Hochschule für Soziale Arbeit und der Musikhochschule auf Beginn des Studienjahres 1999/2000 grünes Licht für ihren Fachhochschulstart zu geben, sofern bis zu diesem Zeitpunkt die Interkantonale Fachhochschulvereinbarung (FH) in Kraft getreten ist, die gesamtschweizerisch die Abgeltungen der Kantone für den Fachhochschulbesuch ihrer Studierenden in andern Kantonen regelt.

4.3 Arbeitsaufnahme der Direktion der FHZ

Auf 1. September 1998 wurde nach Rücksprache mit der IEDK durch den Regierungsrat des Kantons Luzern Dr. Heinrich Meyer als Direktor der Fachhochschule Zentralschweiz gewählt. Gleichzeitig wurde durch Beschluss der IEDK vom 8. Juli 1998 die frühere FHZ-Projektorganisation in die neue FHZ-Direktion überführt.

Der Direktor der FHZ und sein Stab befassen sich neben den betrieblichen Führungs- und Organisationsfragen auf Stufe Fachhochschule mit sämtlichen Entwicklungsfragen der FHZ und ihrer fünf Teilschulen, wie namentlich den Anerkennungsverfahren im BBT- und im EDK-Bereich, der Einführung eines einheitlichen Rechnungswesens gemäss Bundesvorgaben, dem Aufbau der Zentralen Dienste innerhalb der FHZ, der Umsetzung schulenübergreifender und interdisziplinärer Aktionen unter den Teilschulen. Die Direktion der FHZ orientiert ihre Tätigkeiten an folgenden Zielen:

- optimale Integration aller Teilschulen in die FHZ;
- Sicherstellung des Bezugs der FHZ zur Wirtschaft, Verwaltung, Kultur und Gesellschaft;
- Sicherstellung eines guten Qualitätsmanagements;
- Absicherung der Finanzierung und Kostenkontrolle;
- gezielte Aussenwirkung und professionelle Öffentlichkeitsarbeit.

Die Direktion der FHZ sorgt beim weiteren Aufbau der FHZ für gute Rahmenbedingungen, stellt Gestaltungsräume sicher, gibt Impulse und Unterstützung, koordiniert und setzt Ziele. Sie arbeitet zu diesem Zweck in enger Verbindung mit dem Direktorium, das ko-

operativ an der operativen Führung beteiligt ist. Ihm gehören die Leiter aller fünf Teilschulen an.

Bis zur Arbeitsaufnahme des Konkordatsrates und des Fachhochschulrates orientiert der Direktor der FHZ die IEDK regelmässig über die laufende Entwicklung der FHZ und ihrer Teilschulen und stellt ihr insbesondere für finanzwirksame Beschlüsse Antrag, die ihrer Genehmigung bedürfen.

5. Zum Konkordat und zum Organigramm der FHZ

5.1 Konkordatskantone (Art. 1)

Die sechs Innerschweizer Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug bilden unter dem Namen Zentralschweizer Fachhochschulkonkordat eine interkantonale öffentlich-rechtliche Körperschaft. Der Kanton Wallis, bisher Mitglied des ZTL-Konkordats, verzichtet mit Blick auf seine Beteiligung am Konkordat für die Westschweizer Fachhochschule auf eine Mitbeteiligung an der FHZ.

5.2 Fachhochschulangebot und Zugang (Art. 2)

Das Fachhochschulangebot umfasst die Bereiche Technik+Architektur, Wirtschaft, Soziale Arbeit, Gestaltung und Kunst, Musik. Das Fachhochschulangebot kann durch Konkordatsänderung um weitere Bereiche ergänzt werden. Dies gilt namentlich auch für den Fall, dass eine künftige Pädagogische (Fach-)Hochschule Zentralschweiz ebenfalls unter dem Dach der FHZ und somit als Teil des vorliegenden Konkordats geführt werden möchte.

Das Konkordat gewährleistet den gleichberechtigten Zugang der Studierenden aus den Konkordatskantonen zu den Teilschulen der FHZ und ihre Gleichbehandlung während der Ausbildung.

5.3 Trägerschaft (Art. 2)

Das FHZ-Konkordat ist insofern kein eigentliches Trägerschaftskonkordat, als die einzelnen Teilschulen der FHZ in ihrer angestammten Trägerschaft verbleiben (nämlich beim Kanton Luzern, bzw. bei den entsprechenden privatrechtlichen Trägerschaften). Indem es jedoch die Dachorganisation der Fachhochschule trägt und indem es - im Sin-

ne einer Anschlussgesetzgebung an das Bundesgesetz bzw. als rechtliche Voraussetzung für die Diplomanerkennung gemäss interkantonalem Recht - die kantonale bzw. interkantonale Anerkennung der Fachhochschule und ihrer Teilschulen beinhaltet, stellt es mehr dar als ein blosses Finanzierungskonkordat: es will durch alle seine Funktionen ein bedarfsgerechtes Fachhochschulangebot in der Region Zentralschweiz sicherstellen, so dass man am ehesten von einem "Leistungsfinanzierungs-Konkordat" sprechen könnte.

5.4 Anerkennung der Teilschulen (Art. 3)

Das Konkordat nennt die fünf Teilschulen, die als Teile der FHZ anerkannt werden. Diese kantonal- bzw. interkantonalrechtliche Anerkennung ist insbesondere erforderlich gegenüber dem Bund (bildungs- und subventionsrechtlich in den Bereichen Technik+Architektur, Wirtschaft, Gestaltung; subventionrechtlich auch im Bereich Soziale Arbeit) sowie gegenüber der EDK (als Voraussetzung für die Diplomanerkennung in den Bereichen Kunst, Soziale Arbeit und Musik).

5.5 Verträge mit den Teilschulen (Art. 4)

Weil die Teilschulen in ihrer angestammten Trägerschaft verbleiben, ihre bildungsrechtliche Anerkennung und Mitfinanzierung durch die Kantone der Zentralschweiz jedoch durch das vorliegende Konkordat sichergestellt werden sollen, wird das Konkordat mit jedem Schulträger einen Vertrag abschliessen. Darin sollen das langfristige Leistungsangebot der Teilschulen, die Rechte und Pflichten der Teilschulträger sowie die Grundsätze der finanziellen Abgeltung der Teilschulleistungen geregelt werden.

5.6 Auftrag der FHZ (Art. 5)

Der Grundauftrag der FHZ ist bereits im Konkordatstext formuliert. Die Umschreibung richtet sich nach dem erweiterten Leistungsauftrag der Fachhochschulen gemäss Bundesgesetz bzw. interkantonalen Diplomanerkennungsvoraussetzungen (Art. 5).

5.7 Zulassungsbeschränkungen (Art. 6)

Die Verfügung allfälliger Zulassungsbeschränkungen erfordert eine konkrete Rechtsgrundlage. Weil gemäss Artikel 2 Absatz 3 des Konkordats die Studierenden aus allen Konkordatskantonen gleich behandelt werden müssen und weil dem Konkordatsrecht in der kantonalen Anwendung Gesetzescharakter zukommt, liegt es nahe, die Zulassungs-

beschränkungen direkt im Konkordat zu regeln und die Kompetenz hierfür dem Konkordatsrat zu erteilen.

Die im Konkordat genannten Voraussetzungen für die Anordnung von Zulassungsbeschränkungen verstehen sich kumulativ - erst wenn alle genannten Möglichkeiten zur Behebung des Kapazitätsmangels ausgeschöpft wären, käme die Anordnung einer Zulassungsbeschränkung überhaupt in Frage. In diesem Falle hätte die Eignung der Studierenden über deren Zulassung zu entscheiden; Eignungsverfahren bzw. Vorprüfungen wären durch den Konkordatsrat festzulegen.

5.8 Organe und Zuständigkeiten (Art. 7)

Das Konkordat sieht vier Konkordatsorgane vor, die nach einem groben Funktionsraster wie folgt gedacht sind:

- auf der normativen Ebene der Konkordatsrat;
- auf der strategischen Ebene der Fachhochschulrat;
- auf der operativen Ebene die Direktion der Fachhochschule Zentralschweiz;
- als politisches Kontrollorgan die interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission.

5.9 Konkordatsrat (Art.8 und 9)

Als oberste vollziehende Konkordatsbehörde ist der Konkordatsrat vorgesehen, der aus je einem Regierungsmitglied der sechs Konkordatskantone besteht; der Kanton Luzern führt den Vorsitz.

Die Zuständigkeiten des Konkordatsrats beschränken sich auf alle wesentlichen Funktionen im Hinblick auf die Definition der von der FHZ zu erbringenden Leistungen einerseits und deren (Mit-)Finanzierung durch die sechs Zentralschweizer Kantone andererseits. So ist es Aufgabe des Konkordatsrates, die in Artikel 4 des Konkordats definierten Verträge mit den Teilschulträgern abzuschliessen, mit der FHZ periodisch eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen und die entsprechende Kostenabgeltungspauschale festzulegen; ferner soll es Sache des Konkordatsrates sein, die Mitglieder des Fachhochschulrates sowie dessen Präsidium zu wählen und die wichtigsten Regelungen für die Binnenorganisation der FHZ in einem Statut festzulegen. Mit der nachfragegerechten strategischen Steuerung des Fachhochschulangebots hingegen oder gar mit operativen Fragen der Führung der FHZ und Teilschulen soll sich der Konkordatsrat nicht befassen; hierfür sollen der Fachhochschulrat bzw. die Direktion der FHZ zuständig sein.

Für die Vertragsabschlüsse mit den Teilschulträgern, den Erlass des Statuts sowie den Abschluss der Leistungsvereinbarung bzw. die Festlegung der Kostenabgeltungspauschale ist im Konkordatsrat Einstimmigkeit erforderlich; für alle anderen Beschlüsse soll das einfache Mehr der Mitglieder gelten.

5.10 Fachhochschulrat (Art. 10 und 11)

Als von der politischen Konkordatsbehörde unabhängiges Fachorgan soll der Fachhochschulrat das Angebot der FHZ bzw. ihrer Teilschulen auf strategischer Ebene so steuern, dass es der in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Region Zentralschweiz bestehenden Nachfrage auf qualitativ hohem Niveau gerecht wird. Der Fachhochschulrat soll aus maximal 9 Personen bestehen; 3 davon als Vertretungen der Teilschulträger, die über ein entsprechendes Vorschlagsrecht verfügen.

Der Fachhochschulrat soll all jene Kompetenzen haben, die er zur Erfüllung seiner strategischen Aufgaben braucht; operative Verantwortlichkeiten fallen nicht darunter.

5.11 Direktion (Art. 12)

Die operative Leitung der FHZ als Ganzes ist Aufgabe der Direktion. Diese verantwortet insbesondere die interdisziplinäre und schulübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der FHZ und verfügt zu diesem Zweck über Anreizmittel, die ihr vom Fachhochschulrat im Rahmen der konkordatären Abgeltungspauschale zugesprochen werden.

Der Direktion sind die Zentralen Dienste unterstellt: Sekretariat, Finanzen/Controlling, Schulübergreifende Projektgruppen.

Organisation und Aufgabe der Direktion werden im Statut der FHZ geregelt.

5.12 Geschäftsprüfungskommission (Art. 13)

Die Parlamente der Konkordatskantone sollen durch die neuartige Struktur einer interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission einen eigenständigen kontinuierlichen Einblick in den Vollzug des Konkordats erhalten. Ihre Berichterstattung erfolgt - unabhängig von jener des Konkordatsrats - zuhanden der kantonalen Parlamente. Damit soll eine zusätzliche demokratische Kontrolle auch auf parlamentarischer Ebene ermöglicht und dem gegenüber konkordatären Zuständigkeiten und Abläufen gelegentlich

empfundenen Demokratiedefizit transparent und konstruktiv entgegengewirkt werden.

5.13 Finanzierungsbestimmungen (Art. 14)

Die FHZ soll wirkungsorientiert geführt und auch finanziert werden. Das Finanzierungsmodell geht davon aus, dass die Entschädigungen für die vereinbarten Leistungen durch die Konkordatskantone im Voraus und als Pauschale festgelegt werden. Diese Pauschalen umfassen für die jeweilige Beitragsperiode auch die geplanten Entwicklungen in der FHZ sowie die Teuerung. Die Pauschalen bleiben unverändert, es sei denn die Bundesbeiträge oder die interkantonalen Fachhochschulbeiträge ändern, oder andere Positionen im Fachhochschul-Budget würden durch Beschlüsse der zuständigen Konkordatsorgane gegenüber den bei der Festlegung der Pauschalen festgelegten Regelungen geändert.

Das finanzielle Risiko liegt bei diesem Modell bei der Fachhochschule. Das hauptsächlichste Risiko liegt in den Schwankungen der Studierendenzahlen, bei den kommerziellen Einnahmen, bei unvorhergesehenen Ausgaben. Um diese Risiken abdecken zu können, umfasst die Pauschale einen Risikozuschlag, aus dem grundsätzlich Eigenkapital gebildet werden muss. Der Risikozuschlag soll dazu dienen, allfällige Fehlbeträge abzudecken. Der Risikozuschlag darf nicht zu einer Ausdehnung des Leistungsangebots führen und nicht von vorneherein verplant werden. Der Verwendungszweck des Risikozuschlags wird von den zuständigen Konkordatsorganen geregelt und zentral gesteuert.

Die Konkordatskantone entrichten ihre Pauschalen in Form von im Voraus festgelegten Vergütungen nach Anzahl der effektiv entsandten Studierenden. Damit entspricht die Finanzierungsregelung einem reinen Verursacherprinzip. Der Standortkanton Luzern entrichtet einen Standort-Vorausanteil ebenfalls in Form einer zusätzlichen Studierenden-Pauschale. Eine Defizitdeckung durch den Standortkanton existiert nicht. Um Finanzierungskosten zu sparen, kann die FHZ von den Trägerkantonen Akontozahlungen verlangen.

Die Pauschalen werden für jede Teilschule und für jeden Studiengang pro Studierenden errechnet und festgelegt. Dazu ist ein ausgebautes Kostenrechnungssystem notwendig.

Die Pauschalen umfassen auch die Raum- und die betrieblichen Investitionskosten. Auch diese Kostenbestandteile werden somit im Voraus und in pauschaler Art und Weise vorfinanziert. Auch der bauliche Unterhalt wird in die Pauschale miteingeschlossen. Nur grössere bauliche Investitionen, vorab solche, die als Erweiterungsinvestition zu

bezeichnen sind, werden durch die Pauschale nicht abgedeckt. Solche Investitionen sind über die normalen Zuständigkeitsordnungen der Konkordatskantone zu beschliessen. Die im Sinne der wirkungsorientierten Verwaltung festgelegte Finanzierung der FHZ weist verschiedene Vorteile auf, wie eine Stärkung der Eigenverantwortung, einen haushälterischeren Umgang mit den Mitteln, eine bessere Planbarkeit, einen weitgehenden Einbezug sämtlicher Kosten inkl. die meisten Investitionen und Raumkosten. Damit wird ein wesentlicher Teil der Gesamtfinanzierung der FHZ von vornherein klar geregelt, was für die Institution grössere Sicherheit schafft.

Von der Innerschweizer Volkswirtschaftsdirektoren-Konferenz wurde die Anregung gemacht, die künftige finanzielle Absicherung des Innovations Transfer Zentralschweiz (ITZ), welches aus dem CIM-Bildungszentrum (BZS) hervorgegangen ist, über das FHZ-Konkordat vorzunehmen. Dies erlaubt es, in den einzelnen Kantonen der Zentralschweiz auf die Schaffung einer je separaten gesetzlichen Grundlage hiefür verzichten zu können. Konkret geht es um die Abgeltung von Leistungen im Zusammenhang mit dem erweiterten Leistungsauftrag, die gar nicht oder nicht kostendeckend an Dritte (z. B. Klein- und Mittelbetriebe) weiterverrechnet werden können, an welchen jedoch im Sinne der staatlichen Wirtschaftsförderung ein öffentliches Interesse besteht. Die beim ITZ diesbezüglich anfallenden Kosten in der Grössenordnung von jährlich 0,5 bis 0,6 Mio. Franken sollen nach dem Verteilschlüssel der eidgenössischen Betriebszählung unter die Konkordatskantone aufgeteilt werden. Die künftige organisatorische Angliederung des ITZ an die FHZ wird zu überprüfen sein, sei es als weiterhin autonomer Verein mit Mandatsauftrag seitens der FHZ oder z. B. als Bestandteil der Zentralen Dienste der FHZ.

5.14 Vollzug und Rechtsfragen (Art. 15)

Das FHZ-Konkordat schafft nur eigenständiges Konkordatsrecht, soweit dies für seine Funktion bzw. für das Handeln seiner Organe erforderlich ist. Die entsprechenden Rechtsetzungskompetenzen sind im Wesentlichen umschrieben in jenen Konkordatsbestimmungen, die die Zuständigkeiten der Konkordatsorgane bezeichnen (namentlich Artikel 9 und 11). Im Übrigen soll jeweils das Recht der Träger der einzelnen Teilschulen sowie für die Konkordatsorgane das Recht des Sitzkantons gelten. Für Fragen des öffentlichen Rechts wird somit zur Hauptsache luzernisches Verwaltungsrecht anwendbar sein, weil die Teilschulen entweder vom Kanton Luzern getragen oder im Kanton Luzern gelegen sind und Luzern Sitz des Konkordats ist. Für die privatrechtlich getragenen Teilschulen wird in vielen Belangen das Privatrecht gelten, namentlich für die Rechtsverhältnisse der Schule zu ihren Angehörigen, soweit nicht übergeordnetes Kon-

kordatsrecht - z. B. das Statut der FHZ - vorgehen wird; Letzterem werden die privatrechtlichen Schulträger ihre Betriebe mittels Vertrag unterstellen.

5.15 Titelschutz, Schutz der Bezeichnungen Fachhochschule und Hochschule (Art. 16)

Da das Konkordat für Fachhochschulangebote im Raum Zentralschweiz auch die bildungsrechtliche Anerkennungsfunktion erfüllt, ist es sinnvoll, den Titelschutz ebenfalls durch Konkordatsrecht zu gewährleisten.

Der Schutz von Schulbezeichnungen ist im schweizerischen Recht schwach ausgebildet. Es empfiehlt sich daher, die im vorliegenden Zusammenhang in Frage kommenden Schulbezeichnungen durch das Konkordatsrecht zu schützen. Die unrechtmässig - nämlich ohne entsprechende Anerkennung seitens des Konkordats - erfolgende Bezeichnung einer Schule als "Fachhochschule" oder "Hochschule" soll daher in den Konkordatskantonen strafrechtlich geahndet werden können.

5.16 Rechtsmittel (Art. 17 und 18)

Soweit Organe der Fachhochschule und ihrer Teilschulen gestützt auf das Konkordat und auf den Folgeerlassen Entscheidungen treffen, die die Rechtsstellung Einzelner tangieren, soll nach den Regeln des kantonalluzernischen Verwaltungsrechts der Rechtsweg über das zuständige Departement (Verwaltungsbeschwerde) zum Verwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtsbeschwerde) offen sein. Gegen Entscheide, die sich auf das jeweilige Trägerrecht stützen, sind die Beschwerde- bzw. Klagemöglichkeiten des jeweiligen Trägerrechts massgeblich.

Bei Streitigkeiten, die sich zwischen Konkordatskantonen über die Anwendung des Konkordats ergeben, soll - wie bei interkantonalen Konkordaten üblich - das Bundesgericht entscheiden.

5.17 Konkordatsbeitritt und -austritt (Art. 19 und 20)

Das Konkordat kommt nur zustande, wenn ihm alle sechs Kantone der Zentralschweiz beigetreten sind.

Der Austritt eines Kantons aus dem Konkordat hat jedoch nicht das automatische Dahinfallen des Konkordats zur Folge. Vielmehr würden die im Konkordat verbleibenden Kantone gegebenenfalls über allfällige Anpassungen des Konkordats zu entscheiden

haben.

5.18 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung (Art. 21 und 22)

Mit Inkrafttreten des FHZ-Konkordats werden das bisherige Konkordat über das Zentralschweizerische Technikum sowie die bisherige Vereinbarung unter den Zentralschweizer Kantonen über den Besuch und die Leistung von Beiträgen an die Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule aufgehoben.

Schliesslich wird in einer Übergangsbestimmung festgelegt, dass die bisherigen Rechtsätze der Teilschulen als Vollzugsbestimmungen einstweilen Gültigkeit behalten, sofern sie dem Konkordatsrecht nicht widersprechen.

6. Finanzielle Aspekte

Im Gegensatz zum bisherigen ZTL-Konkordat, das von einer Restkostenfinanzierung ausgeht, ist das FHZ-Konkordat ein Leistungsfinanzierungs-Konkordat. Das bedeutet: mehrjährige Leistungsvereinbarung, mehrjähriges Globalbudget in Form einer im Voraus festgelegten Kostenabgeltungs-Pauschale, Qualitätssicherung, Berichtswesen/Controlling und Einführung der Vollkostenrechnung bei allen Teilschulen zur Berechnung der erforderlichen konkordatären Pauschale.

6.1 Einführung der Kostenrechnung

Nach Artikel 14 der Fachhochschulverordnung wird mit der Genehmigung zur Errichtung und Führung einer Fachhochschule festgelegt, für welche Studiengänge und Forschungsbereiche die Fachhochschule Bundesbeiträge erhält. Der Vollzug dieser Bestimmung macht die Erfassung der Kosten und Erträge der einzelnen Studiengänge erforderlich. Die Kostenrechnung stellt Informationen über die effektiven Kosten bereit, um die Pauschalen zu ermitteln und um die Verrechnungspreise für erbrachte Leistungen festzulegen. Für die Einführung der Kostenrechnung hat das damalige BIGA 1997 ein Kostenrechnungsmodell entwickelt, das den Fachhochschulen in Form eines Leitfadens zur verbindlichen Umsetzung zugeleitet wurde. Die auf der Basis dieser Kostenrechnung ermittelten Kosten pro Studiengang bilden die Grundlage für die Berechnung der Kopfpauschale, die der Bund - in Abweichung von seiner bisherigen Subventionspraxis - den Fachhochschulen seit September 1998 gewährt. Seither läuft die Einführung der Kostenrechnung an den drei Hochschulen im Zuständigkeitsbereich des Bundes. Noch im Verlaufe des Jahres 1999 wird diese Kostenrechnung auch an der Hochschule für Soziale Arbeit und an der

Musikhochschule eingeführt.

Die Kostenrechnung ist ein innerbetriebliches Führungs- und Lenkungsinstrument und somit für die strategischen und operativen Leitungsorgane einer Fachhochschule von zentraler Bedeutung.

6.2 Beitragsleistungen nach FHSG und FHV

Gemäss Artikel 19 des Fachhochschulgesetzes (FHSG) trägt der Bund einen Drittel der Investitions- und Betriebskosten der Fachhochschulen. Nach Artikel 16 der Fachhochschulverordnung (FHSV) werden zur Ermittlung der anrechenbaren Betriebskosten von den Gesamtkosten der beitragsberechtigten Studiengänge und Forschungsbereiche die entsprechenden Studiengebühren und Einnahmen aus Dienstleistungen abgezogen.

Die Interkantonale Fachhochschulvereinbarung (FHV) bezieht sich nur auf die Diplomstudiengänge an Fachhochschulen. Auf den Einbezug von Nachdiplomstudien wurde verzichtet. Die Studiengänge werden in Beitragskategorien eingeteilt. Dafür werden die durchschnittlichen Ausbildungskosten pro Studierenden und Jahr ermittelt. Massgeblich sind die Betriebskosten, abzüglich der individuellen Studiengebühren, der Infrastrukturkosten und allfälliger Bundesbeiträge. Die Beiträge werden so festgesetzt, dass sie pro Beitragskategorie drei Viertel der Ausbildungskosten decken. Die heute gültigen Ansätze beruhen auf blossen Vergleichen und groben Schätzungen und sind deshalb nur beschränkt repräsentativ. Sie werden in den nächsten Jahren durch verbindliche Beiträge ersetzt, die auf Grund der Kostenrechnung erhoben werden.

6.3 Unsicherheitsfaktoren bei der Berechnung der Abgeltungspauschale

Bei der Berechnung der Kosten-Abgeltungspauschale ist von den seit 1998 geltenden Kopfpauschalen des Bundes und den FHV-Beiträgen auszugehen, wie sie vom Schweizerischen Fachhochschulrat am 5. November 1998 beschlossen wurden. Diese Kopfpauschalen enthalten allerdings einige Unsicherheitsfaktoren:

- Diese Pauschalen werden auf Grund der eingeführten Kostenrechnung 1999 präziser berechnet und vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) bereits für das Jahr 2000 und folgende neu festgelegt.
- Neu will das BBT künftig auch Nachdiplomstudien mit einer Pauschale mitfinanzieren (Fr. 4000.-- pro abgeschlossenes NDS).
- Die Interkantonale Fachhochschulvereinbarung tritt auf den 1. Oktober 1999 in Kraft. Die Beiträge pro Studierenden sind für die Studiengänge im Kompetenzbe-

reich des Bundes verbindlich festgelegt. Die Beiträge für Studiengänge im Kompetenzbereich der Kantone werden von der EDK-Plenarversammlung voraussichtlich im November 1999 rückwirkend auf das Studienjahr 1999/2000 festgelegt.

- Die Entwicklung der Ertragsseite auf Grund der Kopfpauschalen des Bundes und der FHV-Beiträge wird von der Entwicklung der Studierendenzahlen bestimmt.

6.4 Risikozuschlag

Nicht zuletzt wegen den erwähnten Risikofaktoren sehen die Finanzierungsbestimmungen im FHZ-Konkordat vor, in die Abgeltungspauschale einen Risikozuschlag einzuberechnen, der dem Ausgleich von Fehlbeträgen dienen soll. Das Konkordat rechnet mit einem Risikozuschlag von sechs Prozent. Es wird Aufgabe des Konkordatsrates sein, die Höhe dieses Zuschlags aufgrund der Erfahrungen mit der Vollkostenrechnung zu gegebener Zeit anzupassen.

6.5 Leistungsvereinbarung

Solange sich die Entwicklung der FHZ noch nicht konsolidiert hat, soll alle zwei Jahre eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden. Dadurch kann das Planungsrisiko verringert werden. Später ist vorgesehen, zu vierjährigen Leistungsvereinbarungen überzugehen.

6.6 Standort-Vorausanteil und Verteilung der Kosten für die Konkordatskantone

Anlässlich der abschliessenden Verhandlungsrunde vom 7. Juni 1999 entschieden die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungen der sechs Zentralschweizer Kantone einstimmig, den Standort-Vorausanteil des Kantons Luzern im Sinne eines politischen Kompromisses auf zwölf Prozent festzulegen.

Ebenfalls einstimmig einigten sie sich darauf, die Kosten der Konkordatorgane (Konkordatsrat, Fachhochschulrat, Direktion FHZ und Zentrale Dienste, Geschäftsprüfungskommission) zu gleichen Teilen auf die Konkordatspartner aufzuteilen, da jeder Konkordatskanton im Konkordatsrat über eine Stimme verfügt und als gleichberechtigter Partner am effizienten Funktionieren dieser Organe dasselbe Interesse haben muss.

7. Finanzielle Auswirkungen für den Kanton Uri

Die Fachhochschulen haben gegenüber den bisherigen höheren Fachschulen einen erwei-

terten Leistungsauftrag. Dazu gehören ein verbessertes Angebot an Weiterbildungsveranstaltungen (insbesondere in Form von Nachdiplomstudien und -kursen), anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung sowie verschiedene Dienstleistungen für Dritte insbesondere zugunsten der Wirtschaft (Wissens- und Technologietransfer). Die Aufwertung der Studiengänge durch die Ansiedlung im Tertiärbereich sowie die Erweiterung des Leistungsauftrags bedingen gegenüber heute Mehrkosten.

Für die Rechnung 1998 liegen zu allen Teilschulen der FHZ Ist-Werte vor. Im Rahmen der FHZ-Entwicklungsplanung wurde versucht, bis ins Jahr 2002 realistische Werte zu eruieren. Als Grundlage wurden die für das Jahr 2001 erwarteten Studierendenzahlen verwendet. Die massgebenden Kosten basieren auf einer Vollkostenrechnung. Die von den Konkordatskantonen zu tragenden Kosten ergeben sich aus dem Bruttoaufwand abzüglich Erlöse, Studiengeldern sowie Beiträgen des Bundes und Dritter. Im Bruttoaufwand sind ein Förderbeitrag für die Erfüllung des erweiterten Leistungsauftrags und ein Risikozuschlag von sechs Prozent sowie die Standortvorleistung des Kantons Luzern von zwölf Prozent enthalten. Die Restsumme, geteilt durch einen mehrjährigen Durchschnitt der Zentralschweizer Studierenden, ergibt die Kopfpauschale pro Teilschule.

Tabelle 1

Sie enthält die aktuellen Beitragsleistungen gemäss Rechnung 1998, hochgerechnet mit der geschätzten Studierendenzahl für das Jahr 2001.

Teilschulen	Studierende 2001	Kosten pro Kopf	Subtotal	Zusatz- leistung LU	Total	Anteil Uri	
						Stud.	Kosten
HS Technik+Architektur Vollzeit	410	~31'820	13'036'453	2'410'914	15'447'367	38	1'108'710
HS Technik+Architektur berufsb.	229	4'810	1'101'490	---	1'101'490	9	43'290
HS für Wirtschaft	419	~18'630	7'798'636	2'341'719	10'140'355	16	298'384
HS für Gestaltung und Kunst	82	8'010 12'495	956'568	~2'600'000	3'556'568	--	---
HS für Soziale Arbeit	149	8'545 6'410	1'064'211	527'863	1'592'074	1	8'545
Musikhochschule Luzern	244	8'545	2'084'980	~1'300'000	3'384'980	19	162'355
Total	1'533	Ø16'988	26'042'338	~9'180'496	35'222'834	83	1'621'284
(effektive Kosten 1998)	(1'408)	(Ø17'310)	(24'372'005)	(8'888'811)	(33'260'816)	(74,5)	(1'505'691)

Tabelle 2

Sie stellt im Subtotal die Kostenbelastung der Konkordatskantone ohne FHZ-Konkordat, jedoch unter Berücksichtigung der künftigen FH-Beiträge dar. Als Zusatzleistung des Kantons Luzern sind für die HTA und die HSW die Standortvorleistungen auf Grund des ZTL-Konkordats bzw. der HWV-Vereinbarung berücksichtigt. Bei den übrigen Teilschulen wurde eine Standortvorleistung von zwölf Prozent dazugerechnet.

Teilschulen	Studierende 2001	Kosten pro Kopf	Subtotal	Zusatz- leistung LU	Total	Anteil Uri	
						Stud.	Kosten
HS Technik+Architektur Vollzeit	410	34'166	14'008'060	2'435'021	16'443'081	38	1'298'308
HS Technik+Architektur berufsb.	229	5'957	1'364'153	186'021	1'550'174	9	53'613
HS für Wirtschaft	419	19'729	8'266'451	2'066'613	10'333'064	16	315'664
HS für Gestaltung und Kunst	82	18'000	1'476'000	201'273	1'677'273	--	---
HS für Soziale Arbeit	149	14'060	2'094'940	285'674	2'380'614	1	14'060
Musikhochschule Luzern	244	18'000	4'392'000	598'909	4'990'909	19	342'000
Total	1'533	Ø20'614	31'601'604	5'773'511	37'375'115	83	2'023'645

Tabelle 3

Sie entspricht einer Vollkostenrechnung. Die Kostenermittlung bei der HTA und der HSW entspricht einer Fortschreibung der bisherigen Kosten gemäss ZTL-Konkordat und HWV-Vereinbarung unter Berücksichtigung des zugestandenen realen Wachstums. Bei den übrigen Schulen wurden die zurzeit vorgesehenen oder bereits fixierten FHV-Beiträge als Ausgangsbasis benutzt. Die von den Teilschulen erstellten Kostenschätzungen liegen zurzeit jedoch gesamthaft noch rund drei Mio. Franken höher.

Teilschulen	Studierende 2001	Kosten pro Kopf	Subtotal	Zusatz- leistung LU	Total	Anteil Uri	
						Stud.	Kosten
HS Technik+Architektur Vollzeit	410	50'331	20'635'710	2'813'960	23'449'670	38	1'912'578
HS Technik+Architektur berufsb.	229	7'969	1'824'901	248'850	2'073'751	9	71'721
HS für Wirtschaft	419	25'864	10'837'016	1'477'775	12'314'791	16	413'824
HS für Gestaltung und Kunst	82	54'295	4'452'190	607'117	5'059'307	--	---
HS für Soziale Arbeit	149	29'967	4'465'082	608'875	5'073'957	1	29'967
Musikhochschule Luzern	244	31'844	7'769'936	1'059'537	8'829'473	19	605'036
Subtotal	1'533	Ø32'606	49'984'835	6'816'114	56'800'949	83	3'033'126
Konkordatsorgane					840'000		140'000
Total					57'640'949		3'173'126

8. Bedeutung und Nutzen der FHZ für Uri und die Zentralschweiz

Die Zentralschweiz besitzt eine regionale Identität, welche historisch, geografisch und auch mentalitätsmässig jede andere Region unseres Landes an Geschlossenheit übertrifft. Obwohl sie knapp einen Zehntel der Gesamtbevölkerung und fast einen Viertel der Kantone unseres Landes zählt, verfügte sie bisher als einzige nebst dem Kanton Tessin über keine grössere Bildungseinrichtung im Hochschulbereich. Mit der Fachhochschule Zent-

ralschweiz wird dieses bildungspolitische Manko behoben.

Auch wenn bzw. gerade weil unsere Region beschäftigungsmässig weiterhin stark kleingewerblich und landwirtschaftlich ausgerichtet ist, darf es uns nicht gleichgültig sein, wie sich der Hochschul- und Forschungsplatz Schweiz in den kommenden Jahren weiter entwickelt.

Könnte wir unsern begabten Jugendlichen selber kein attraktives und bedarfsgerechtes Ausbildungsangebot im Hochschulbereich anbieten, müssten sich diese ihre höhere Ausbildung in anderen Regionen unseres Landes holen. Dadurch würden u. a. die Beitragsleistungen, die die Kantone für ihre Studierenden künftig aufgrund der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung zu entrichten haben, einseitig diese Regionen und deren Bildungseinrichtungen und Wirtschaft stärken.

Eine Fachhochschule motiviert begabte Jugendliche eher, eine berufliche Ausbildung auf dieser anspruchsvollen Stufe zu machen, wenn sie in der Nähe ihres Wohnortes liegt und der "Schulweg" nicht zu lang ist. Im Gegensatz zu den Universitäten logieren nur sehr wenig Fachhochschulstudierende an ihrem Studienort. Auch der persönliche und direkte Kontakt zwischen Unternehmen und einer Fachhochschule wird durch ihre räumliche Nähe und die grössere Vertrautheit ihrer Lehrkräfte mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld erleichtert. Ohne eigene Fachhochschule würde die Zentralschweiz deshalb im Wettbewerb mit den andern Regionen unseres Landes bildungsmässig ins Abseits geraten und beschäftigungsmässig an Attraktivität verlieren.

In seiner Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2000 bis 2003 vom 25. November 1998 betrachtet der Bundesrat den Aufbau der Fachhochschulen als "eine der wichtigsten forschungs- und bildungspolitischen Aufgaben der kommenden Jahre und das eigentlich neue Element in den schweizerischen Hochschulnetzwerken". Mit seiner Genehmigung zur Errichtung und Führung der Fachhochschule Zentralschweiz vom 2. März 1998 erfuhr unsere Region eine bedeutende bildungs- und regionalpolitische Aufwertung. Sie hat künftig über die FHZ Zugang zu diesen Netzwerken und ist hochschulpolitisch den andern sechs Fachhochschulregionen unseres Landes gleichgestellt.

Für den Bund bildet die Schaffung von Fachhochschulen einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Mit der Errichtung der FHZ ist somit auch die Erwartung und gleichzeitig die Herausforderung verbunden, dass diese Schule einen spürbaren Beitrag zur Belebung und Stärkung der Wirt-

schaft unserer Region und zur Verbesserung ihrer Attraktivität als dynamischer und innovativer Lebensraum leistet.

Namhafte Wirtschaftskreise aus unserer Region bekunden seit Beginn der Fachhochschulreform grosses Interesse am Aufbau und der weiteren Entwicklung der FHZ. Der wirtschaftliche Nutzen, den verschiedenste Unternehmen, Einrichtungen und Körperschaften aus unserer Region vom Wissens- und Könnenstransfer der FHZ erwarten, wird vor allem davon abhängen, ob und wie gut zwischen den Dozierenden und Studierenden der Teilschulen der FHZ einerseits und den an ihren verschiedenen Dienstleistungen interessierten Kreisen eine Kultur der Kommunikation, der gegenseitigen Verständigung und der Zusammenarbeit geschaffen werden kann.

Eine gute Kultur interkantonalen Zusammenarbeit wird auch erforderlich sein, um der finanzpolitischen Herausforderung gewachsen zu sein, welche die Errichtung und weitere Entwicklung der FHZ und die damit verbundenen Kosten mit sich bringen. Der Bundesrat rechtfertigt den mit der Fachhochschulreform verbundenen Aufwand damit, dass in unserem rohstoffarmen Land der Aus- und Weiterbildung des Personals zu guten Berufs- und Kaderleuten grosse Bedeutung zukommt. Die sich für den Bund aus dieser Reform ergebenden Kosten erachtet er aus dieser Überlegung heraus als Investition in die Zukunft. Dies gilt auch für die FHZ, die eine langfristige Investition in die Zukunft der Region Zentralschweiz darstellt und durch die ein beachtlicher Anteil dieser Bundesmittel in Form von Betriebs- und Investitionsbeiträgen in unsere Region fliessen.

Mit Blick auf die weitere erfolgreiche Zusammenarbeit unter den Zentralschweizer Kantonen sind die FHZ und das FHZ-Konkordat auch staatspolitisch von grosser Bedeutung. Ein Scheitern dieses Konkordats würde den politischen Willen zu weiterer verbindlicher Zusammenarbeit unter den Kantonen der Zentralschweiz schwächen und gleichzeitig die Befürworter einer Abschaffung des Bildungsföderalismus stärken. Ein von allen Zentralschweizer Kantonen getragenes FHZ-Konkordat gibt dagegen all jenen politischen und wirtschaftlichen Kreisen Auftrieb, welche die Zukunft unserer Region nicht so sehr in einem "Kanton Zentralschweiz" als vielmehr in einer engeren und verstärkten Zusammenarbeit unter unsern sechs Kantonen sehen.

Die FHZ ist somit auch ein bedeutendes Element für die weitere Stärkung der Identität und des Profils unserer Region. Zusätzlich zu den immer zahlreicher werdenden Unternehmen, Institutionen und Verbänden, die den Begriff "Zentralschweiz" in ihrer Bezeichnung führen, füllt die FHZ diesen ihrerseits mit weiterem Inhalt und macht ihn landesweit und darüber hinaus bekannt.

Die FHZ ist nicht zuletzt auch in gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht für unsere Region von Belang und von beträchtlichem volkswirtschaftlichem Nutzen. Wie andere Gegenden unseres Landes wissenschaftlich belegt zeigen (z. B. Freiburg, Neuenburg, St. Gallen), wird durch eine Hochschule auch das gesellschaftliche und kulturelle Leben in ihrem näheren und weiteren Einzugsgebiet durch die Dozierenden und Studierenden sowie die weiteren Angehörigen einer solchen Bildungseinrichtung belebt und bereichert.

Nur eine Region mit Herz, Hand und genügend Sachverstand wird sich im kommenden Jahrhundert im Wettbewerb unserer Landesregionen um Standortvorteile, Berufs- und Erwerbschancen, Marktlücken und einem auch für Jugendliche attraktiven Lebensraum zu behaupten vermögen. Die Fachhochschule Zentralschweiz ist hierfür eine gute "Trumpfkarte".

In Ausführung des Beschlusses der Innerschweizer Regierungskonferenz vom 17. November 1994 empfiehlt die Innerschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz den Regierungen der Innerschweizer Kantone den Beitritt zum Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat.

9. Antrag

Gestützt auf diesen Bericht beantragt der Regierungsrat dem Landrat, folgenden Beschluss zu fassen:

9.1 Der Beitritt zum Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat, wie er im Anhang I enthalten ist, wird beschlossen.

9.2 Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Anhang

- Beitrittsbeschluss (I)
- Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat (II)

Beilagen

- 1 Organigramm Fachhochschule Zentralschweiz
- 2 Fachhochschul-Studienangebot der FHZ

**Beschluss
über den Beitritt des Kantons Uri
zum Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat vom 2. Juli 1999**

(vom ...)

Der Landrat des Kantons Uri,

gestützt auf Artikel 25 Absatz 2 Buchstabe b der Kantonsverfassung¹,

beschliesst:

I.

Der Kanton Uri tritt dem Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat vom 2. Juli 1999² bei.

II.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Volksreferendum. Er tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

Im Namen des Landrates

Der Präsident: Josef Gisler-Gamma

Der Kanzleidirektor: Dr. Peter Huber

Anhang

Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat

1) RB 1.1101

2) RB ...

ZENTRALSCHWEIZER FACHHOCHSCHUL-KONKORDAT (FHZ-Konkordat)

A ALLGEMEINES

Art. 1 Rechtsnatur, Name, Sitz

- 1 Die Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug bilden unter dem Namen Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat eine interkantonale öffentlich-rechtliche Körperschaft.
- 2 Sitz des Konkordats ist Luzern.

Art. 2 Zweck

- 1 Das Konkordat stellt in der Zentralschweiz ein bedarfsgerechtes Fachhochschulangebot sicher in den Bereichen
 - Technik und Architektur,
 - Wirtschaft,
 - Soziale Arbeit,
 - Gestaltung und Kunst,
 - Musik.
- 2 Das Fachhochschulangebot kann durch Konkordatsänderung um weitere Bereiche ergänzt werden.
- 3 Das Konkordat gewährleistet den gleichberechtigten Zugang der Studierenden aus den Konkordatskantonen zu den Teilschulen der Fachhochschule Zentralschweiz und ihre Gleichbehandlung während der Ausbildung.

Art. 3 Anerkennung der Teilschulen der Fachhochschule Zentralschweiz

- 1 Das Konkordat anerkennt zu diesem Zweck als Teilschulen der Fachhochschule Zentralschweiz
 - a. die **Hochschule Technik+Architektur**, entstanden aus dem Zentralschweizerischen Technikum Luzern und dem Abendtechnikum der Innerschweiz; Träger: Kanton Luzern;
 - b. die **Hochschule für Wirtschaft**, entstanden aus der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule Luzern; Träger: Kanton Luzern;
 - c. die **Hochschule für Gestaltung und Kunst**, entstanden aus der Schule für Gestaltung Luzern; Träger: Kanton Luzern;
 - d. die **Hochschule für Soziale Arbeit**, entstanden aus der Höheren Fachschule im Sozialbereich Zentralschweiz; Trägerin: Stiftung "Hochschule für Soziale Arbeit Luzern";
 - e. die **Musikhochschule**, entstanden aus dem Konservatorium Luzern, der Akademie für Schul- und Kirchenmusik Luzern und der Jazz Schule Luzern; Trägerin: Stiftung "Musikhochschule Luzern".

- 2 Die Anerkennung weiterer Teilschulen der Fachhochschule Zentralschweiz kann durch Änderung des Konkordats erfolgen.

Art. 4 Verträge mit den Teilschulen

Das Konkordat schliesst mit jedem Träger einer Teilschule einen Vertrag ab. Darin wird namentlich vereinbart und geregelt:

- a. das langfristige Leistungsangebot der Teilschulen;
- b. die Pflichten der Träger der Teilschulen gegenüber der Fachhochschule Zentralschweiz;
- c. die Rechte der Träger der Teilschulen im Rahmen der Fachhochschule Zentralschweiz und ihrer Organe;
- d. die Grundsätze der finanziellen Abgeltung der von den Teilschulen erbrachten Leistungen durch das Konkordat.

Art. 5 Auftrag der Fachhochschule Zentralschweiz

Die Fachhochschule Zentralschweiz erfüllt im Rahmen des einschlägigen Bundesrechts sowie der massgebenden interkantonalen Vereinbarungen folgenden Auftrag: sie

- a. bereitet durch praxisorientierte Studiengänge auf berufliche Tätigkeiten vor, welche die Anwendung und Weiterentwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern und vermittelt den Studierenden Allgemeinbildung und grundlegendes Fachwissen;
- b. ergänzt die Studiengänge durch ein Angebot an Weiterbildungsveranstaltungen, führt anwendungsorientierte Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durch, arbeitet mit andern in- und ausländischen Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen zusammen, fördert die Interdisziplinarität unter den Teilschulen und erbringt Dienstleistungen für Dritte;
- c. stellt mittels geeigneter Strukturen den Austausch von Wissen, Können und Technologie mit der Wirtschaft und weiteren an der Fachhochschule Zentralschweiz interessierten Kreisen sicher;
- d. fördert den Austausch von Studierenden, Lehrenden und Forschenden sowie die gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüssen aus dem In- und Ausland.

Art. 6 Zulassungsbeschränkungen

- 1 Der Konkordatsrat kann auf Antrag des Fachhochschulrates für einzelne Teilschulen der FHZ oder einzelne Studiengänge mangels Aufnahmekapazität befristete Zulassungsbeschränkungen erlassen, wenn
 - a) die finanziellen Möglichkeiten eine Verbesserung der Aufnahmekapazität nicht zulassen und
 - b) ein ordnungsgemässes Studium nicht sichergestellt ist sowie
 - c) die betroffene Teilschule geeignete Massnahmen zur Vermeidung der Beschränkung ergriffen hat.
- 2 Bei Zulassungsbeschränkungen entscheidet die Eignung der Studienanwärterinnen und -anwärter. Diese wird vor Aufnahme des Studiums durch ein vom Konkordatsrat festgelegtes Eignungsverfahren und nach Studienbeginn durch Vorprüfungen abgeklärt.

B ORGANE UND ZUSTÄNDIGKEITEN**Art. 7 Organe**

Organe des Konkordats sind:

- a. Konkordatsrat;
- b. Fachhochschulrat;
- c. Direktion der Fachhochschule;
- d. Geschäftsprüfungskommission.

Art. 8 Konkordatsrat

- 1 Der Konkordatsrat ist die oberste vollziehende Konkordatsbehörde. Der Konkordatsrat besteht aus je einem Mitglied jeder Regierung der Konkordatskantone. Das Regierungsmitglied des Kantons Luzern hat den Vorsitz.
- 2 Die Wahl, Stellvertretung und Mandatierung der Mitglieder des Konkordatsrates ist Aufgabe der einzelnen Regierungen der Konkordatskantone.
- 3 Der Konkordatsrat organisiert sich selbst. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben verfügt er über ein Sekretariat und die erforderlichen Hilfsdienste.

Art. 9 Zuständigkeiten

- 1 Der Konkordatsrat
 - a. schliesst mit jedem Träger einer Teilschule der FHZ einen Vertrag ab;
 - b. erlässt das Statut der Fachhochschule Zentralschweiz, worin die Zuständigkeiten der Direktion sowie jene der Rektorate der Teilschulen, der berufliche Auftrag des Fachhochschulpersonals sowie die Rechte und Pflichten der Studierenden geregelt sind;
 - c. wählt den Präsidenten oder die Präsidentin und die weiteren Mitglieder des Fachhochschulrates, legt im Fachhochschul-Statut deren Pflichten und Entschädigung fest und kann sie erforderlichenfalls jederzeit abberufen;
 - d. schliesst mit dem Fachhochschulrat der FHZ periodisch eine Leistungsvereinbarung ab und legt gemäss Art. 14, Abs. 1 die entsprechende Kostenabgeltungs-Pauschale fest;
 - e. genehmigt auf Antrag des Fachhochschulrates den periodischen Leistungsbericht und den vierjährigen Entwicklungsplan der FHZ zuhanden der Regierungen der Konkordatskantone und der Geschäftsprüfungskommission;
 - f. erlässt auf Antrag des Fachhochschulrates Zulassungsbeschränkungen gemäss Artikel 6;
 - g. überprüft alle vier Jahre den Vollzug des FHZ-Konkordats und unterbreitet den Regierungen der Konkordatskantone Vorschläge zur Verbesserung des Vollzugs oder zur Änderung des Konkordats.
- 2 Beschlüsse in den Zuständigkeitsbereichen gemäss lit. a, b und d erfordern Einstimmigkeit, solche in den übrigen Zuständigkeitsbereichen das einfache Mehr der Mitglieder des Konkordatsrates.
- 3 Im Falle von Stimmgleichheit hat der oder die Vorsitzende den Stichentscheid.

Art. 10 Fachhochschulrat

- 1 Der Fachhochschulrat ist das strategische Führungsorgan der Fachhochschule Zentralschweiz.
- 2 Er setzt sich zusammen aus:

- a) maximal sechs Vertreterinnen oder Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft
 - b) je einem Vertreter oder einer Vertreterin der Träger von Teilschulen der Fachhochschule Zentralschweiz.
- 3 Die Träger der Teilschulen haben für ihre Vertretung im Fachhochschulrat gegenüber dem Konkordatsrat ein Vorschlagsrecht.

Art. 11 Zuständigkeiten

Der Fachhochschulrat

- a. schliesst mit dem Konkordatsrat periodisch eine Leistungsvereinbarung für die gesamte Fachhochschule ab und stellt ihm Antrag für die entsprechende Kostenabgeltungs-Pauschale;
- b. erteilt den Teilschulen der FHZ und der Direktion der FHZ aufgrund der Leistungsvereinbarung Leistungsaufträge;
- c. verabschiedet den periodischen Leistungsbericht und den Entwicklungsplan der FHZ zuhanden des Konkordatsrates;
- d. beschliesst periodisch den Betrag, der von den öffentlichen Mitteln der Teilschulen für die interdisziplinäre und schulenübergreifende Zusammenarbeit verwendet werden soll;
- e. regelt die Zulassung zum Studium, den Studienabschluss mit Diplomen, Zertifikaten und Ausweisen, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie bereits erbrachter Studienleistungen für jede Teilschule der FHZ in einer Verordnung;
- f. beschliesst das Leitbild der Fachhochschule Zentralschweiz und genehmigt die Leitbilder der Teilschulen;
- g. wählt den Direktor oder die Direktorin der FHZ und genehmigt die vom jeweiligen Schulträger vorgenommene Wahl des Rektors bzw. der Rektorin der einzelnen Hochschule der FHZ;
- h. überwacht die Qualitätssicherung an der FHZ;
- i. trifft Entscheide, welche die Organisation und Entwicklung der Fachhochschule als Ganzes betreffen.

Art. 12 Direktion

- 1 Die Direktion ist das operative Leitungsorgan der Fachhochschule Zentralschweiz.
- 2 Organisation und Aufgaben der Direktion werden im Statut der Fachhochschule Zentralschweiz geregelt.

Art. 13 Geschäftsprüfungskommission

- 1 Die Parlamente der Konkordatskantone wählen aus dem Kreise ihrer Mitglieder und für die Dauer ihrer jeweiligen Legislaturperiode je zwei Mitglieder in die Geschäftsprüfungskommission des Konkordats.
- 2 Die Geschäftsprüfungskommission konstituiert sich selbst.
- 3 Sie prüft im Rahmen der Oberaufsicht den Vollzug des Konkordats und erstattet den Parlamenten der Konkordatskantone Bericht.
- 4 Sie besitzt Einsichtsrecht in die Protokolle, Vereinbarungen und Rechnungen der FHZ und kann die Präsidenten bzw. Präsidentinnen des Konkordatsrates und des Fachhochschulrates sowie den Direktor bzw. die Direktorin der FHZ anhören.

C FINANZIERUNG

Art. 14 Finanzierungsbestimmungen

- 1 Die Konkordatskantone tragen die Betriebskosten sowie die darin eingeschlossenen Raumkosten und betrieblichen Investitionskosten der Teilschulen der Fachhochschule Zentralschweiz mittels einer im Voraus festgelegten Kostenabgeltungs-Pauschale. Diese setzt sich aus Einzelpauschalen zusammen, die für jeden Studiengang pro Studierenden errechnet werden.
- 2 In die Kostenabgeltungs-Pauschale wird ein Risikozuschlag einberechnet, damit Eigenkapital gebildet werden kann, das dem Ausgleich von Fehlbeträgen dient. Bevor die Kostenabgeltungs-Pauschale ermittelt wird, sind die Erlöse, Studiengebühren sowie die Beiträge des Bundes und Dritter abzuziehen.
- 3 Der Standortkanton jeder Teilschule entrichtet einen Standortvorausanteil von 12

Prozent der Kostenabgeltungs-Pauschale nach Abs. 1, der abgezogen wird, bevor den Konkordatskantonen Rechnung gestellt wird.

- 4 Den Konkordatskantonen wird jährlich nach Massgabe der Kostenabgeltungs-Pauschale pro Studiengang und der jeweiligen Anzahl Studierenden aus ihrem Kantonsgebiet Rechnung gestellt. Während des Jahres können Teilzahlungen eingefordert werden.
- 5 Die Kostenabgeltungs-Pauschale wird im Voraus für eine bestimmte Periode zusammen mit der Leistungsvereinbarung festgelegt. Sie berücksichtigt die Entwicklung der Teilschulen nach dem Entwicklungsplan und die Teuerung.
- 6 Die Fachhochschule Zentralschweiz und ihre Teilschulen führen einheitliche Kostenrechnungen, die es erlauben, die Kostenabgeltungs-Pauschale festzulegen. Dem Konkordatsrat und seinen Hilfsdiensten steht jederzeit die volle Einsicht in diese Kostenrechnungen zu.
- 7 Die Kosten der Konkordatsorgane werden nach Abzug von Erlösen und Beiträgen von den Konkordatskantonen zu gleichen Teilen getragen und ihnen jährlich in Rechnung gestellt. Während des Jahres können Teilzahlungen eingefordert werden.
- 8 Die Kosten für Tätigkeiten des Innovations Transfer Zentralschweiz (ITZ) im Rahmen des erweiterten Leistungsauftrags der FHZ zugunsten der Wirtschaftsförderung in der Zentralschweiz, die Dritten nicht in Rechnung gestellt werden können, werden von den Konkordatskantonen gesondert abgegolten; als Verteilschlüssel für die Berechnung der Kostenteilung unter den Konkordatskantonen gilt beim ITZ die eidgenössische Betriebszählung.
- 9 Weitere Einzelheiten der Finanzierung können im Statut der Fachhochschule Zentralschweiz oder in den Verträgen mit den Teilschulen geregelt werden.

D RECHTSPFLEGE

Art. 15 Vollzug, Rechtsfragen

- 1 Der Konkordatsrat ist für den Vollzug des Konkordats verantwortlich.
- 2 Soweit das Konkordat nichts anderes bestimmt, gilt das Recht des Trägers der einzelnen Teilschulen und für die Konkordatsorgane das Recht des Sitzkantons.
- 3 Beschlüsse und Entscheide über öffentlich-rechtliche Ansprüche der Fachhochschule Zentralschweiz oder von Teilschulen sind im Sinne der Gesetzgebung über Schuldbetreibung und Konkurs vollstreckbaren Urteilen gleichgestellt.

Art. 16 Titelschutz, Schutz der Bezeichnungen "Fachhochschule", "Hochschule"

- 1 Wer die Ausbildung an der Fachhochschule Zentralschweiz mit einem Diplom abschliesst, ist zum Führen des entsprechenden Titels berechtigt.
- 2 Ein unrechtmässiger Titel wird durch die Instanz entzogen, die ihn verliehen hat.
- 3 Vorbehalten bleiben die strafrechtlichen Bestimmungen über das unbefugte Führen akademischer Titel.
- 4 Wer eine Hochschule ohne die entsprechende Anerkennung (Art. 3) als Hochschule oder Fachhochschule im Sinne dieses Konkordates führt oder bezeichnet, wird mit Haft oder Busse bestraft.

Art. 17 Rechtsmittel

- 1 Gegen Entscheide, die von Organen der Fachhochschule oder der einzelnen Hochschulen gestützt auf dieses Konkordat beziehungsweise dessen Folgeerlasse getroffen werden, wie namentlich über die Zulassung zu einer Hochschule und das Bestehen von Diplomprüfungen kann gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegengesetz des Kantons Luzern vom 3. Juli 1972 Verwaltungsbeschwerde beim Erziehungs- und Kulturdepartement des Kantons Luzern geführt werden.
- 2 Gegen Entscheide dieses Departements ist die Verwaltungsgerichtsbeschwerde zulässig, sofern sie das Verwaltungsrechtspflegengesetz des Kantons Luzern nicht ausschliesst. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen dieses Gesetzes.

Art. 18 Streitschlichtung

Bei Streitigkeiten, die sich aus dem Konkordat zwischen Kantonen ergeben, entscheidet auf Klage hin das Bundesgericht.

E SCHLUSSBESTIMMUNGEN**Art. 19 Beitritt zum Konkordat**

Der Beitritt zum Konkordat wird der Innerschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz gegenüber erklärt, welche dem Bundesrat Mitteilung macht.

Art. 20 Austritt aus dem Konkordat

- 1 Der Austritt aus dem Konkordat kann jeweils auf den 31. Dezember eines Jahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Jahren erfolgen. Er muss der Innerschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz gegenüber erklärt werden.
- 2 Die im Konkordat verbleibenden Kantone entscheiden über allfällige Anpassungen des Konkordats, falls dies von einem der Konkordatskantone verlangt wird.

Art. 21 Inkrafttreten des Konkordats

- 1 Dieses Konkordat tritt in Kraft, sobald ihm alle Kantone der Zentralschweiz beigetreten sind und es vom Schweizerischen Bundesrat auf Antrag der Innerschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz genehmigt worden ist.
- 2 Mit Inkrafttreten dieses Konkordats werden das Konkordat zwischen dem Kanton Luzern und den Kantonen Uri, Schwyz, Unterwalden ob dem Wald, Unterwalden nid dem Wald, Zug und Wallis betreffend den Besuch des Zentralschweizerischen Technikums Luzern und die Leistung von Beiträgen der Kantone Uri, Schwyz, Unterwalden ob dem Wald, Unterwalden nid dem Wald, Zug und Wallis an das Zentralschweizerische Technikum Luzern vom 1. Dezember 1972 und die Vereinbarung

zwischen dem Kanton Luzern und den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug betreffend den Besuch und die Leistung von Beiträgen an die Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule Luzern (HWV) vom 14. Juli 1989 aufgehoben.

Art. 22 Übergangsbestimmung

Insoweit und solange neue Vollzugsverordnungen und Reglemente nicht erlassen sind, gelten die bisherigen Erlasse der Teilschulen der FHZ als Vollzugsbestimmungen, sofern sie diesem Konkordat nicht widersprechen.

Luzern, den

Im Namen des Regierungsrates
des Kantons Luzern

Der Schultheiss:

Der Staatsschreiber:

Altdorf, den

Im Namen des Regierungsrates
des Kantons Uri

Der Landammann:

Der Kanzleidirektor:

Schwyz, den

Im Namen des Regierungsrates
des Kantons Schwyz

Der Landammann:

Der Staatsschreiber:

Sarnen, den

Im Namen der Regierungsrates
des Kantons Obwalden

Der Landammann:

Der Landschreiber:

Stans, den

Im Namen des Regierungsrates
des Kantons Nidwalden

Der Landammann:

Der Landschreiber:

Zug, den

Im Namen des Regierungsrates
des Kantons Zug

Der Landammann:

Der Landschreiber: